

Europa und die Macht des Geistes

Gedanken über
Carlo Schmid (1896 -1979)



A 97 - 04944

Herausgegeben
von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Beiträge

Prolog	11
Vorwort <i>Robert Picht</i> Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg	15
<i>Hans-Ulrich Klose</i> Carlo Schmid – ein deutsch-französischer Sozialdemokrat auf dem Weg nach Europa	20
Ansprache der Frau Bundestagspräsidentin <i>Rita Süßmuth</i> zum 100. Geburtstag von Carlo Schmid	29
Ansprache des Preisträgers der Carlo-Schmid-Stiftung 1996 <i>Jacques Delors</i>	33
<i>Etienne Dejonghe</i> Carlo Schmid – ein Humanist als Besatzer, Lille 1940-1944	43
<i>Theodor Eschenburg</i> Carlo Schmid – ein realistischer Idealist am Anfang der Bundesrepublik	55
<i>Hans-Jörg Kimmich</i> Carlo Schmid – Völkerrechtler, Verfassungsjurist	69
<i>Otto Borst</i> Carlo Schmid, der Föderalismus und die Bundesrepublik Deutschland	80

<i>Iring Fetcher</i> Carlo Schmid – ein Homme de Lettres in der Politik	86
<i>Wilhelm Hennis</i> Carlo Schmid und die SPD	108
<i>Ilse Fischer</i> Carlo Schmid und der Wahlkreis Mannheim-Stadt	129
<i>Petra Weber</i> Carlo Schmid und die Deutschland- und Ostpolitik	141
<i>Norbert Gansel</i> Carlo Schmid, Demokrat des Dialogs	154
<i>Horst Möller</i> Carlo Schmid, Frankreich und Europa	164
<i>Moshe Zimmermann</i> Carlo Schmid als Botschafter des „anderen Deutschlands“ in Israel	176
<i>Georg Leber</i> Carlo Schmid – ein Demokrat und Patriot	191
<i>Joseph Rován</i> Carlo Schmid – Gallionsfigur der deutsch-französischen Gemeinschaft – mit Blick auf das vereinte Europa	204
<i>Robert Picht</i> Begegnung mit Carlo Schmid – Handeln für Europa	217
Quellenverzeichnis	229
<i>Impressum</i>	232

Petra Weber

Carlo Schmid und die Deutschland- und Ostpolitik

„Es ist nicht not, eine Hoffnung zu haben, um ans Werk zu gehen, es ist nicht not, Erfolg zu haben, um am Werk zu bleiben.“ Oft und emphatisch zitierte Carlo Schmid diesen Wahlspruch Wilhelm von Oraniens, den er zur Maxime seines eigenen politischen Handelns gemacht hatte. Ein anderer seiner Wahlsprüche war eine Antwort auf das Bismarck zugesprochene Wort von der Politik als der „Kunst des Möglichen“: Er bezeichnete sie als „die Kunst, das Notwendige möglich zu machen“.

Das „Staatsfragment“ –

Perspektive deutscher Wiedervereinigung

Das Notwendige, für das Schmid sich mit ganzer Kraft einsetzen wollte, war die deutsche Einheit, die Befreiung der Menschen im Osten Deutschlands, die unter der Unterdrückung durch die sowjetische Besatzungsmacht und deren Kollaborateure in der SED litten. Bereits in der ersten Hälfte der vierziger Jahre, als er mit Helmuth James Graf von Moltke Pläne für die Neuorganisation Europas diskutierte, war Schmid zu der Einsicht gelangt, daß die deutsche Einheit die Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn, insbesondere mit Frankreich und Polen, voraussetzte. In der Weimarer Republik hatte er noch zu den leidenschaftlichen Kritikern Frankreichs und Polens gezählt, denen er vorwarf, das Versailler Vertragssystem zu zementieren. Wenig später hatte er aus seinen Fehlern, die er als Schuld und Pflicht zur Wiedergutmachung begriff, gelernt.

Als Europäer und deutscher Patriot verwies er nunmehr auf den engen Zusammenhang von europäischer und deutscher Einheit. Der Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte bedeutete für ihn nicht die Aufgabe nationaler Identität, die er durch die gemeinsame Geschichte, die gemeinsame Kultur und den gemeinsamen Willen

zur politischen Selbstbestimmung begründet sah. Die Besinnung auf die Schuld an den Verbrechen des NS-Regimes durfte nicht zur Rechtfertigung für die deutsche Teilung mißbraucht werden, sondern schuf die Voraussetzung dafür, daß das Ausland das Recht der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung anerkannte. Er faßte es in die Formel: „daß die Welt nur bereit sein werde zu vergessen, wenn die Deutschen bewiesen, daß sie nicht vergessen.“

Er wußte, daß unter den gegebenen politischen Verhältnissen ein Europa als dritte Kraft zwischen den Blöcken nicht mehr als eine Vision sein konnte, deren Realisierung er jedoch Schritt für Schritt den Weg ebnet wollte. Daß er, wenn er von einem vereinten Europa sprach, ein freiheitliches, demokratisches Europa meinte, braucht bei einem Mann, der sich der Tradition des europäischen Humanismus verbunden wußte, nicht eigens betont zu werden.

Schmids Antikommunismus war nicht weniger militant als der Kurt Schumachers, dem er immer Dank dafür zollte, daß er den kommunistischen Einheitsbestrebungen entgegengetreten war. Er teilte dessen Auffassung, daß die KPD keine deutsche Partei sei, sondern eine Partei, die nach „russischen Weisungen“ arbeitete. Den Verfechtern einer politischen Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD hielt Schmid entgegen: „Ein KZ bleibt eine Schande, einerlei, ob seine Pfosten nun braun oder rot angestrichen sind“. In den östlichen Einheitsparolen erkannte er den Versuch, „die Technik der Blockpolitik auf Gesamtdeutschland zu übertragen“. Daß die SED die Arbeiter Westdeutschlands und die Parteibasis der SPD für ihre Ziele zu gewinnen suchte, war ihm nicht verborgen geblieben. So warnte er in öffentlichen Reden und auf Parteiversammlungen vor der Absicht der Kommunisten, wie Hitler „nach dem Prinzip des Lattenzaunes“ die freiheitliche Demokratie zu unterminieren.

Die SED kam für ihn vorerst als Gesprächspartner nicht in Frage. Noch hatte er die Hoffnung, wenngleich sie nicht groß war, daß die Alliierten sich über die Wiederausammenführung des in zwei Hälften gerissenen Deutschland einigen würden. In den Londoner Empfehlungen wurden die Ministerpräsidenten der Westzonen aufgefor-

dert, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Weil Schmid verhindern wollte, daß die Vier Mächte sich aus ihrer Verantwortung für Gesamtdeutschland davonstahlen, plädierte er für die Errichtung eines Organisationsstatuts. Das „organisierte Provisorium“, das er schaffen wollte, glich einem funktionsfähigen Staat, der aber keine außenpolitische Handlungskompetenz besaß. So wären die Alliierten gezwungen gewesen, in absehbarer Zeit eine Einigung über die deutsche Frage herbeizuführen. Die Bildung eines westdeutschen Kernstaates, gegen die er sich wandte, barg seines Erachtens die Gefahr in sich, die deutsche Spaltung zu vertiefen. Sie leistete einem „Anschlußdenken“ Vorschub, das Verhandlungen von vornherein aussichtslos machte.

Schmid, der ansonsten visionären Weitblick mit einer luziden Einschätzung der politischen Machtverhältnisse verband, hatte erkannt, daß die Westmächte, insbesondere die Amerikaner, die Gründung eines westdeutschen Staates als Bollwerk gegen den Kommunismus für unabdingbar hielten. Wenn er sich nicht selbst aus den Verfassungsberatungen ausschalten wollte, mußte er starke Abstriche an der von ihm vertretenen Provisoriums-idee vornehmen. Er konnte sie schließlich nur noch in abgeschwächter Form ins Gespräch bringen, indem er nicht von einem westdeutschen Staat, sondern von einem „Staatsfragment“ sprach. In der lange diskutierten und mehrmals überarbeiteten Präambel des Grundgesetzes gingen Staatsfragment- und Kernstaatstheorie eine widersprüchliche Einheit ein. Schmid mochte sich damit trösten, daß das „Sibyllinische“ der Präambel auch seine Vorteile haben konnte. Tatsächlich sollte sein beharrliches, von kaum jemandem verstandenes Insistieren auf den provisorischen Status der Bundesrepublik Deutschland die innerdeutschen Verhandlungen in den siebziger Jahren entscheidend erleichtern.

Schmid, nach wie vor davon überzeugt, daß die Behauptung einer westdeutschen Staatlichkeit die Herstellung der deutschen Einheit erschweren werde, stuft das Grundgesetz zu einem „Notdach“ herab. Den Vorrang der Wiedervereinigung vor der Westinte-

gration, den seine eigene Partei auf Betreiben Wehners schon bald postulierte, hielt er für eine falsche Alternative. Westintegration und deutsche Einheit schlossen sich seiner Ansicht nach nicht aus, sondern bedingten einander, wenn – wofür Schmid auf der Tribüne des Europarates immer wieder plädierte – Westeuropa sich nach Osten hin offen hielt. Schon früher als Adenauer hatte er die Gründung einer Montan-Union angeregt und einen Europaratsbeitritt befürwortet. Als Vater des Grundgesetzes hatte er ungewollt die verfassungsrechtlichen Grundlagen für Adenauers Westintegrationskurs geschaffen. Er fürchtete jedoch, daß eine „Politik der Stärke“ die Verhältnisse versteinern werde, anstatt sie in Bewegung zu bringen. Im Zuge der Korea-Krise hatte auch er einer „offensiven Verteidigung“ das Wort geredet. Aber diese Strategie trug nicht dazu bei, die Sowjetunion zum Rückzug aus der östlichen Hälfte Deutschlands zu bewegen. So mahnte er die Bundesregierung, noch bevor der Streit über die Stalinnote vom März 1952 entbrannte, nun auch mit dem Osten Verhandlungen aufzunehmen. In der Stalinnote sah er die Möglichkeit, mit Moskau ins Gespräch zu kommen. Der Meinung, daß Adenauers Nichteingehen auf Stalins Offerte eine vertane Chance gewesen sei, schloß er sich nicht an, denn nach und nach kam er zu der schmerzlichen Einsicht, daß die deutsche Einheit nur in einem langwierigen Prozeß zu erreichen war.

Die Alternative – Westbindung bei gleichzeitiger Öffnung nach Osten

Von dem amerikanischen Chefdiplomaten George F. Kennan, mit dem ihn enge Freundschaft verband, und auch von einigen anderen „Kreml-Astrologen“ wußte er, daß die Kreml-Herren Nato-Truppen an der Elbe fürchteten und deshalb zu Verhandlungen über die deutsche Einheit bereit waren. Die Frage war nur, welchen Preis die Bundesrepublik dafür zahlen sollte. Schmid erklärte offen, daß die Neutralisierung Deutschlands, die die Gefahr einer schleichenden Machtergreifung der Kommunisten in sich barg, ein zu hoher Preis sei. Er war jedoch der Auffassung, daß es nicht nur die

Alternative, „Satellit des Ostens oder Vasall des Westens“ zu sein, gebe, sondern noch eine weitere: „sich dem Westen in Formen zu verbinden, die der Osten nicht bedrohlich zu finden braucht, und mit dem Osten in ein Verhältnis freien Austausches zu treten, das den Westen stärkt, statt ihn zu schwächen“. Die Formulierung klingt delphisch, war aber keineswegs eine „Halbheit“, wie ihm von konservativer Seite vorgehalten wurde. Das von ihm ausgearbeitete Alternativkonzept zeigte einen Weg, Verhandlungen mit Moskau und mit den osteuropäischen Staaten einzuleiten. Er schlug die Umwandlung der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in eine nach Osten hin offene „Gefahrgemeinschaft“ vor. Daraus konnte sich im Laufe der Zeit eine europäische Friedensordnung entwickeln, ohne die nach seinem Dafürhalten die deutsche Einheit bloßes Postulat bleiben mußte. Schmid hatte sich auf die kollektiven Sicherheitssysteme der Zwischenkriegszeit zurückbesonnen, als er sein Konzept für die Zukunft entwarf. Die Locarno-Verträge standen ihm als Vorbild vor Augen. Der Vorwurf, daß er sich an der Vergangenheit orientiere, während die Gegenwart maßgebend durch den Ost-West-Konflikt, durch die beiden Supermächte USA und UdSSR bestimmt sei, blieb ihm nicht erspart. Erst später setzte sich langsam und keineswegs bei allen die Einsicht durch, daß der Aufbau europäischer Sicherheitsstrukturen und die Bildung eines gesamt-deutschen Staates sich nicht voneinander trennen ließen.

Wenn es überhaupt zu Beginn der fünfziger Jahre eine realistische Alternative zu Adenauers Außenpolitik gab, so war es die von Schmid entwickelte. Sie deckte sich fast nahtlos mit Plänen, die der FDP-Abgeordnete Karl Georg Pfeleiderer ausgearbeitet hatte. Der schwäbische Landsmann Pfeleiderer war ein kongenialer Partner für Schmid. Beide jedoch verfügten in der jeweils eigenen Partei über zu wenig Rückhalt, um die Bundesregierung mit ihren Gegenkonzepten in Bedrängnis bringen zu können.

In der SPD, in der Wehner den Kurs der Außenpolitik bestimmte, setzte man auf Viermächteverhandlungen. An ihren Erfolg wollte Carlo Schmid, dem die Konferenzdiplomatie der Zwischenkriegs-

zeit noch in persönlicher Erinnerung war, zu Recht nicht glauben. Er konnte sich jedoch gegen Wehner nicht durchsetzen. Schmid vertraute wie Adenauer auf die Mittel der klassischen Diplomatie. Obwohl sein Blick immer ins Übernächste ging, obwohl er von sich selbst sagte, daß er sich ohne den „Mut zur Utopie“ nicht an den Schalthebeln der Politik betätigen könne, wußte Schmid um die Notwendigkeit der kleinen Schritte. Das Gespräch mit den Mächtigen der Welt, zu denen er als Oppositionspolitiker nur schwer Zugang fand, war nicht weniger wichtig, vielleicht noch wichtiger als das Schmieden von Plänen und Alternativkonzepten. So zitierte er immer wieder Richelieus Worte „négociez, négociez, négociez“ – „verhandelt, verhandelt, verhandelt“. Daß ihm selbst die Hände gebunden waren, er sich zumeist mit der Rolle des Mahners begnügen mußte, schmerzte ihn nicht wenig.

Im Frühjahr 1955 hatte er den Bundeskanzler aufgefordert, nach Moskau zu reisen. Er zögerte daher keinen Moment, Adenauers Einladung, ihn auf der für September 1955 geplanten Moskau-Reise zu begleiten, anzunehmen. Die Hoffnung schwang mit, daß die Verhandlungen in Moskau eine neue Etappe der Außen- und Deutschlandpolitik einleiten konnten, wodurch sowohl die Bundesregierung als auch die SPD zum Umdenken gezwungen worden wären. Schließlich hatte sich Schmid jahrelang vergeblich darum bemüht, zu einer gemeinsamen Außen- und Deutschlandpolitik von Regierung und Opposition zu gelangen. Was er erhoffte, wurde von seinen Parteifreunden befürchtet, so daß man Schmid's Teilnahme an der Reise nicht unterstützte.

In Moskau gab es ein enges Einvernehmen zwischen dem Bundeskanzler und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses. Ebenso wie Adenauer befürwortete auch Schmid die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR. Die Freilassung der Kriegsgefangenen wurde Adenauer als Erfolg angerechnet, sie war ebenso Schmid's Verdienst. Sein Appell an die „Großherzigkeit des russischen Volkes“ zeigte bei den Kreml-Herren Wirkung, so daß Adenauer sich genötigt sah, Schmid zu bescheinigen, daß er der „deutschen Sache sehr gedient“ habe.

Fortschritte in der Frage der deutschen Einheit konnten bei den Moskauer Gesprächen nicht erzielt werden. Schmid war betroffen von der deutschlandpolitischen Initiativlosigkeit der Bundesregierung, der er vorwarf, den Draht nach Moskau nicht zu nutzen. Zusammen mit anderen Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes suchte er nach Möglichkeiten, um ständigen Kontakt zu der Botschaft der UdSSR in der Bundesrepublik zu gewinnen.

Die Rolle des ständigen Mahners ist eine undankbare, noch undankbarer ist die des politischen Vorkämpfers und Tabubrechers. Schmid übernahm sie, obwohl ihm klar war, daß er sich damit der Kritik aussetzte, unter der er mehr litt, als er zugab. Vergeblich versuchte man von allen Seiten, ihn in die Rolle des Schöngelstes zu drängen, der über den Wogen der politischen Auseinandersetzung stand.

Als sich im Zuge des 20. Parteitag's der KPdSU die Autonomie der Ostblockstaaten zu vergrößern schien, wurde er nicht müde, sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten einzusetzen, tat sich doch jetzt die Chance auf, der Vision eines Europa als dritter Kraft zwischen den Blöcken einen Schritt näher zu kommen. Die Aussöhnung mit Polen stand für ihn auch aus persönlichen Gründen an erster Stelle seines ostpolitischen Zielkatalog's. Schmid, der Politik und Moral nie trennte, verstand sie als moralisches und politisches Gebot. Die Moral verlangte die Wiedergutmachung der in Polen begangenen Verbrechen des NS-Regimes. Der Wunsch, die deutsche Spaltung zu überwinden, verlangte die Bereitschaft zur Verständigung mit Polen. Mit dieser Einsicht rührte Schmid an ein Tabu: die notwendige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. In einer beherzten Rede, die er im Oktober 1956 in Bad Neuenahr hielt, brach er dieses Tabu, indem er unumwunden zu verstehen gab, daß es keine deutsche Einheit geben werde, „ohne daß vorher über das Schicksal der Gebiete östlich der Oder und Neiße Einverständnis erzielt wird“. Der Zorn der eigenen Partei, die um die Stimmen der Heimatvertriebenen fürchtete, war ihm sicher.

Schmids osteuropapolitische Aktivitäten wurden beargwöhnt. Nur widerwillig stimmten die Parteifreunde einer von Schmid für März 1958 geplanten Polenreise zu. Wehner gab zu bedenken, daß ein engeres Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen das Mißtrauen Moskaus hervorrufen müsse. Schmid ließ sich die Reise nicht ausreden. Da er die ostpolitische Passivität der Bundesregierung und das Taktieren seiner eigenen Parteifreunde für verantwortungslos hielt, war er fest entschlossen, nun selbst einen Grundstein für die deutsch-polnische Verständigung zu legen. Er hatte die Selbständigkeit Polens gegenüber der Sowjetunion jedoch überschätzt. Zu mehr als einem unverbindlichen Meinungsaustausch, bei dem Schmid immerhin den Willen zur Verständigung und Wiedergutmachung demonstrieren konnte, kam es nicht. Es gelang ihm nicht, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in die Wege zu leiten, zumal die Bundesregierung nicht gewillt war, sich auf Gespräche über die Oder-Neiße-Grenze einzulassen.

Auch das Moralische verstand sich nicht von selbst. Der Bundesfinanzminister wies Schmids Ersuchen brüsk zurück, den von Nationalsozialisten zu medizinischen Versuchen mißbrauchten Mädchen und Frauen individuelle Entschädigungsleistungen zu zahlen. Schmid hielt es in diesem Fall für schäbig, der Staatsräson vor der Moral Vorrang einzuräumen, galt doch für ihn die Maxime: „Ehe man politisch ist, muß man in erster Linie Mensch sein.“

Die Provokation – Anerkennung der DDR

Auch wenn die Polenreise nicht so erfolgreich verlaufen war, wie er es sich erhofft hatte, wollte er doch den von ihm eingeschlagenen Weg weitergehen. Kurz nach seiner Polenreise trat er mit einem ost- und deutschlandpolitischen Alternativprogramm vor den Bundestag, in dem er bereits früher vorgetragene Gedanken und Leitlinien weiterentwickelte. Es war als Langzeitprogramm gedacht, denn an eine baldige Wiedervereinigung glaubte er nicht mehr. Militärische Entspannung, für die der Rapacki-Plan einen Ausgangspunkt bot, und eine Europäisierung der deutschen Frage erschienen ihm als

der aussichtsreichste Weg, um Verhandlungen über die deutsche Einheit in Gang zu bringen. Diese konnten nur zu Ergebnissen führen, wenn man sich zuvor über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands einigte. Vorsichtig, aber unmißverständlich verwies er darauf, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten Vereinbarungen über gesicherte Grenzen voraussetze. Wer hören konnte, verstand, daß damit die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gemeint war. Und schließlich war er mutig genug, noch ein weiteres heißes Eisen anzufassen, an dem sich bisher keiner hatte die Finger verbrennen wollen. Er sprach sich für eine De-facto-Anerkennung der DDR aus und provozierte die große Mehrheit seiner Zuhörer mit der Bemerkung, daß eine Hose eine Hose bleibe, auch wenn man sie Beinkleid nenne. Im Parlamentarischen Rat hatte er noch anders argumentiert. Im Laufe der Jahre jedoch war er zu der Überzeugung gelangt, daß die Deutschen die Initiative zur Herstellung der deutschen Einheit selbst ergreifen müßten.

Die Provokation erregte erstaunlich wenig Anstoß. Im Regierungslager war man offensichtlich sehr genau darüber informiert, daß Schmid sich vorgewagt hatte, ohne sich des Rückhaltes in der eigenen Partei zu versichern. Schmid, der zum Handeln drängte, aber selbst nicht handeln konnte, hatte ein durchdachtes, in die Zukunft weisendes Konzept. Auf der Grundlage der Westbindung wollte er eine aktive Ostpolitik betreiben. „Die Prozesse, die zur Überwindung der Teilung führten, hätten schon zehn Jahre früher eingeleitet werden können“, konstatierte Egon Bahr in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen. Auch Bahr dachte bei seiner Feststellung nicht an Schmid, dessen Rolle als ost- und deutschlandpolitischer Vordenker und -kämpfer vergessen ist. Niemand unterstützte Schmid bei dem Versuch, die außenpolitischen Weichen in die von ihm vorgeschlagene Richtung zu stellen. Seine Herausforderungen wurden von seinen Politikerkollegen nicht angenommen.

Auch in seiner eigenen Partei breitete man über seine Provokationen den Mantel des Schweigens und nötigte ihm die Rolle des

„Tafelaufsatzes im Proletarierhaushalt“ auf, wie Heuss ihn einmal spöttisch nannte. So gelang es Wehner, die außenpolitische Marschrichtung der SPD zu bestimmen. Den unter der Federführung Wehners ausgearbeiteten Deutschlandplan lehnte Schmid ab. Die dort vorgesehene Bildung eines paritätisch besetzten gesamtdeutschen Rates setzte die Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der DDR voraus, war also unrealistisch, solange sowjetische Truppen in der DDR standen. Zudem gaben die Gespräche, die Schmid und Erler im Kreml geführt hatten, keinerlei Anlaß zu dem im Deutschlandplan vertretenen Entspannungsoptimismus. Wehner mußte den von ihm so vehement verteidigten Deutschlandplan schon kurze Zeit nach seiner Veröffentlichung wieder zu den Akten legen.

Ungehalten mußte Schmid mit ansehen, wie der geistige Vater des Deutschlandplanes eine Volte schlug und auf den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung einschwenkte. Auch wenn ihn an manchen Tagen die „schwarzen Sonnen der Melancholie“ fast zu verbrennen drohten, war Schmid kein Mensch, der sich durch Niederlagen in die Resignation treiben ließ. Er hielt auch nach Wehners außenpolitischer Wende vom Juni 1960 an seinem ost- und deutschlandpolitischen Konzept fest. Er hatte den mangelnden Machtsinn der Linken immer wieder beklagt. Aber er war nicht bereit, um der bloßen Taktik willen einen als richtig erkannten Weg und ein angestrebtes Ziel zu opfern.

1962 fuhr er nach Jugoslawien, um dort die Fäden für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu knüpfen, zu der die Bundesregierung jedoch noch nicht bereit war. Ein Jahr später handelte er sich Ärger ein, als er dazu aufrief, die Hallstein-Doktrin nun endgültig über Bord zu werfen. Daß sie eine Fessel der deutschen Außenpolitik war, hatte er schon erkannt, als sie gerade erst geboren wurde. Trotzdem durfte man auch jetzt noch nicht an ihr rütteln. Die Bleitträger überholter Dogmen saßen in der Bundesregierung und in der eigenen Partei.

Erst Mitte der sechziger Jahre, als de Gaulle die Europäisierung der deutschen Frage erneut in die internationale Diskussion brach-

te, konnte Schmid sich mit seinen außenpolitischen Leitsätzen wieder an die Öffentlichkeit wagen. Auch de Gaulle sah die europäische und die deutsche Einheit in einem engen Zusammenhang. Und er konnte ohne Umschweife sagen, was man Schmid übelnahm, wenn er es laut und öffentlich sagte. Schmid mahnte, de Gaulles Dienste als diplomatischer Mittler im ostpolitischen Dialog anzunehmen.

Politik bedeutet mitunter das Bohren harter dicker Bretter. Langsam ging die SPD den Weg, den Schmid ihr in den fünfziger Jahren vorgeschlagen hatte. So fühlte er sich ermutigt, nun auch das heiß umstrittene Thema Anerkennung der DDR wieder aufzugreifen, ohne sich allerdings bei Wehner Gehör verschaffen zu können. Vergeblich wandte sich Schmid im Sommer 1967 an Wehner: „Du weißt, daß ich immer die Meinung vertreten habe, daß beide deutsche Staaten nur Übergangsgebilde sind, Provisorien, daß sie also, wenn sie miteinander verkehren – im Wissen darum, daß sie nur Provisorien sind – keinerlei Präjudiz zu Lasten des Ganzen schaffen. Wenn wir auf dieser Grundlinie operieren, können wir ein gutes Stück über die heute noch bestehenden Hindernisse hinauskommen. „Da er sich mit dieser Auffassung in der SPD nicht durchsetzen konnte, trat er an die Öffentlichkeit. Bei den Feiern zum 20. Jahrestag der Einberufung des Parlamentarischen Rates und der Unterzeichnung des Grundgesetzes konnte er sich seine Autorität als Verfassungsvater zunutze machen, um zu unterstreichen, daß die von ihm vorgeschlagene De-facto-Anerkennung der DDR nicht im Widerspruch zu dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes stand. Er zog sich keinerlei Kritik zu, als er im Mai 1969 die Formel von den „beiden Staaten auf deutschem Boden“ prägte, die, „so verschiedenen Ranges auch ihre moralische und demokratische Legitimität sein mag“, ihrer Entstehung nach „formal gleichen Ranges“ sind. Daher könnten sie miteinander verkehren, ohne sich dabei als Ausland anerkennen zu müssen.“

Einige Monate später sprach Willy Brandt als Regierungschef von den „zwei Staaten in Deutschland“ und setzte in praktische

Politik um, was Carlo Schmid bereits in den fünfziger Jahren vorgeschlagen hatte, aber schon fast in Vergessenheit geraten war. Carlo Schmid fiel als Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit die Aufgabe zu, die deutsch-französischen Beziehungen zu intensivieren und zugleich in Paris um Verständnis für die dort beargwöhnte Deutschland- und Ostpolitik zu werben. An seiner Ansicht, daß europäische Integration und deutsche Einheit „zwei Seiten einer Medaille“ waren, hatte sich nichts geändert.

Schmid war Kündler und Kärner. Als Visionär eilte er seiner Zeit weit voraus und oft schwamm er gegen den Strom der Zeit. Er war ein einsamer Mann. Bald schon nannte er sich selbst eine Mischung aus Camille Desmoulins und Don Quichotte. Daß ihm diese Rollen zuwuchsen, war tragisch. Daß er sie annahm, zeigt seine Größe. Gegen die Flügel von Windmühlen wie der Ritter von der traurigen Gestalt kämpfte er jedoch nicht, sondern gegen Dogmen und Tabus, die die Politik steril machten. Wenn ihm auch das große Amt versagt war, er die politischen Wegmarken der deutschen Politik nicht setzen durfte und konnte, so gebührt ihm doch das Verdienst, das Koordinatensystem der bundesdeutschen Außenpolitik entwickelt zu haben. Willy Brandt nannte Carlo Schmid einen „heimlichen Vater des freiheitlichen Deutschland“. Er war es als Widerstandskämpfer, als Verfassungsvater, als politischer Pädagoge und Erzieher und nicht zuletzt als Vorkämpfer für Deutschlands Einheit in einem geeinten und freiheitlichen Europa.

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“ An dieses Goethe-Wort sollten wir denken, wenn wir an Carlo Schmid, den „heimlichen Vater des freiheitlichen Deutschland“ erinnern.



Carlo Schmid, letzte Bundestagsrede, Regierung Willy Brandt / Walter Scheel, Februar 1972, Ostverträge

»Bei dem, was den Staat angeht, geht es in hohem Maße um wesentlich anderes als Soll und Haben allein. (...) Es geht darum, ein Feld zu vermessen, ein Feld, das dem Geiste zugeordnet ist (...) und ich bin bereit, mir von den Sachwaltern der Ideen und des Wortes sagen zu lassen, was ist, was nicht so ist, wie es sein sollte und, (...) wo man im Politischen unter dem Maß des Menschlichen bleibt.«

Carlo Schmid
aus: Über das Verhältnis von Geist und Politik,
Bundestagsrede, 1. Dezember 1965